

**Roter Morgen, Zeitung der KPD, Nr. 5/2008 vom 20.11.2008**

**Weltwirtschaftskrise 2008**

**Das Kapital soll die Krise bezahlen!**

**Die Perspektive ist der Sozialismus!**

Deutschland und die Welt erwarten gerade die schwerste Krise der Nachkriegszeit – eine wirtschaftliche und eine politische Krise. Die Bankrottwellen einiger großer Banken und Versicherungen durch das Platzen der (ersten) Spekulationsblase war nur der Anfang. Inzwischen stehen die Produktionsbänder auch der deutschen Automobilindustrie still: Die Marktnachfrage nach Autos wie auch nach anderen Waren ist von den Angriffen des Kapitals – also Hartz IV, Reallohnsenkungen, Rentenreform, Gesundheitsreform, Mehrwertsteuererhöhung, Studiengebühren usw. – selbst erschlagen worden. Noch mehr Arbeitslosigkeit und weitere Angriffe des Kapitals auf die deutsche Arbeiterklasse und auf die unterdrückten Länder stehen bevor. Der deutsche Staat beschenkt das Kapital mit bisher ungekannten Summen.

**Die Tatsachen:**

**Überproduktion**

Die aktuelle Wirtschaftskrise ist eine Krise der kapitalistischen Überproduktion. Die großen Massen der Bevölkerung, Arbeiter, Arbeitslose, Rentner, kleine Angestellte, sind vom Kapital in den letzten Jahren und Jahrzehnten derart geschröpft worden, dass sie nicht alle hergestellten Waren kaufen können. Große Mengen an Häusern, Autos, Einrichtungsgegenständen, Kleidung usw. können nicht verkauft werden. Deshalb stehen die Fließbänder z.B. bei den Automobilkonzernen still, ihre Zulieferer beginnen ebenfalls bereits mit Stilllegungen der Produktion und Werksferien, Vier-Tage-Woche und verkürzten Arbeitszeiten. Allein bei Daimler sollen 150.000 Beschäftigte vier Wochen lang zu Hause bleiben, für das größte Daimler-Werk in Sindelfingen ist außerdem bereits Jobabbau angekündigt. Der weltweit größte, deutsche Chemiekonzern BASF drosselt die Produktion bedeutend. Die Krise trifft damit bereits mitten ins Mark auch der deutschen Wirtschaft. Die US-Wirtschaft ist besonders schwer betroffen.

**Finanzkrise**

Die bisherigen Krisenerscheinungen haben dabei seit August 2007 vornehmlich die Börse als Schauplatz gehabt. Dabei spielten die geplatze Spekulation auf dem US-amerikanischen Häusermarkt und der damit zusammenhängende Zusammenbruch des Marktes für

Kreditausfallversicherungen („Credit Default Swaps“, CDS) die Hauptrolle. Die Verluste belaufen sich weltweit auf mehr als 4000 Milliarden Euro. Besonders schwer betroffen sind die USA als Kernland der Finanzkrise, gefolgt von England und Deutschland. Insgesamt beurteilt die englische Notenbank die Situation so: „Die Instabilität des Finanzsystems ist so groß, wie seit Menschengedenken nicht“.

### **Industriekrise**

Diese Wirtschaftskrise tritt dabei in bislang ungekanntem Maße beinahe gleichzeitig in fast allen Ländern der Welt auf. Sie trifft bis jetzt gerade diejenigen kapitalistischen Ökonomien am heftigsten, die am meisten entwickelt sind. Die Krise der Industrie ist allen voran in den USA aber auch in den EU-Kernländern und Japan am weitesten fortgeschritten. Hier liegt der Haupt-Krisenherd. Die US-Industrieproduktion ist im September mit einem Abbau von 2,8% binnen eines Monats so stark geschrumpft wie seit 34 Jahren nicht mehr. Auf ein Jahr fortgerechnet würde das einen Gesamtrückgang von 40% bedeuten. Die britische Industrie geht davon aus, dass sie die Produktion so stark drosseln wird wie zuletzt vor 30 Jahren. Italiens Industrieproduktion ist im vergangenen Jahr um 11% gesunken. Die Zahl der verkauften Autos in der EU fiel allein im September um 9%, was Produktionskürzungen in den Folgemonaten bewirkt. In Deutschland ist die Industrieproduktion zwar im August noch um 3,4% gestiegen, was sogar einen Rekord markiert. Dabei handelt es sich jedoch um eine typische Erscheinung der Überhitzung vor dem Absturz: Die Geschäftserwartungen der größten deutschen Unternehmen für das nächste Halbjahr sind laut „ifo-Index“ im Oktober auf den niedrigsten Stand seit 15 Jahren gefallen, der Absturz ist so steil wie noch nie in der Nachkriegsgeschichte. Diese Zahlen kündigen eine schwere Krise der Industrieproduktion der imperialistischen Großmächte an.

Gleichzeitig sind auch kleinere Industrieländer besonders schwer betroffen. Der isländische Staat ging nach der „Verstaatlichung“ der größten Banken der Insel (alle bankrott) selbst Pleite und wird nun von anderen Staaten per Kredit am Leben erhalten. Die isländische Gesamtwirtschaft wird im kommenden Jahr voraussichtlich um mindestens 10% schrumpfen. Dänemark ist ebenfalls schwer getroffen und auf Kredite angewiesen. Fast alle wirtschaftlich weniger entwickelten Länder sind auch Opfer der Krise. Gerade diejenigen unter ihnen, die eine hohe Auslandsverschuldung aufweisen oder besonders exportabhängige Industrien haben, werden am härtesten in Mitleidenschaft gezogen. In vielen dieser Länder wird die Folge mehr Hunger und mehr Elend für die Ärmsten der Armen sein. Schon jetzt stehen Pakistan, Ungarn und die Ukraine vor dem Staatsbankrott und werden von den Großmächten mit Krediten gestützt. Auch die aufsteigenden kapitalistischen Großmächte China, Brasilien und Indien, deren Marktnachfrage eine wichtige

Säule der Weltwirtschaft darstellt, zeigen erste Krisenerscheinungen. Die extrem exportorientierte chinesische Wirtschaft erlebt bereits Massenpleiten im Konsumgütersektor (Spielzeug, Kleidung). In dieser Weltwirtschaftskrise schlucken die größeren Kapitalisten die kleineren Kapitalisten und werden ihrerseits von den riesigen Zentralen des Finanzkapitals verschluckt. Dabei sind bereits einige der Zentralen des Finanzkapitals untergegangen oder von ihren Konkurrenten gefressen worden. So z.B. zwei der größten US-Banken, nämlich Bear Stearns im April von der Großbank JP Morgan und Merrill Lynch im September von der Bank of America.

Die Weltwirtschaftskrise bedeutet ebenfalls ein sagenhaftes Anwachsen der Arbeitslosigkeit auf dem gesamten Globus. Die internationale UN-Arbeitsorganisation (ILO) rechnet in ersten Schätzungen damit, dass diese Krise mindestens 20 Millionen Menschen arbeitslos machen wird. Und dabei liegen die Arbeitslosenzahlen bereits auf historischem Rekordniveau. In Deutschland lebt nach jüngsten offiziellen Angaben der OECD jeder fünfte Mensch in einem Haushalt ohne einen einzigen Erwerbstätigen, das ist „Rekord“ in den 30 entwickelten OECD-Staaten.

## **Die Ursachen:**

### **Man tappt im Dunkeln**

Angesichts dieser schweren Lage für breite Teile der Weltbevölkerung und der zerstörerischen Kraft der Krise, die sich weltweit gerade erst entfaltet, sucht alle Welt nach den Ursachen der Krise und nach den Mitteln und Wegen, die Krise zu überwinden.

Viele ansonsten besonders großmäulige bürgerliche „Ökonomen“ schweigen, andere entwickeln die absurdesten und lächerlichsten Theorien um die wahren Ursachen zu verwischen. Wieder Andere bleiben bei den Erscheinungen stehen, ohne die Wurzeln der Krise im kapitalistischen Wirtschaftssystem zu begreifen.

Letzteres Phänomen ist in der deutschen „Linken“ besonders populär. Wohin man auch blickt, die Partei Die Linke, die DKP, ATTAC, Gegenstandpunkt: Alle sprechen sie auf die eine oder andere Art davon, die „Finanzkrise“ würde sich inzwischen auf die reale Wirtschaft „auswirken“, „eine Wirtschaftskrise verursachen“ usw., und vergessen dabei, dass die Ursachen für die Finanzkrise vielmehr in der realen Wirtschaft zu suchen sind.

Engels kommentierte diese Sichtweise 1890 in einem Brief an C.Schmidt folgendermaßen: „Der Geldmarktmensch sieht die Bewegung der Industrie und des Weltmarks eben nur in der umkehrenden Widerspiegelung des Geld- und Effektenmarkts [Aktien- und Anleihemarkts, RM], und da wird für ihn die Wirkung zur Ursache.“ (MEW Bd.37, S.488)

Die Partei Die Linke, die anderen großen Parteien und auch die Gewerkschaften haben gemeinsam mit beinahe ausnahmslos allen Medien außerdem ein großes Ablenkungsmanöver eingeleitet, dass

die Manager der Banken in der Öffentlichkeit als die eigentlich „Schuldigen“ darstellen soll. Damit soll das Problem auf die „Gier“ oder das „Fehlverhalten“ dieser Menschen reduziert werden, die besonders fiese Gestalten sind oder ihre eigenen Geschäfte angeblich zu wenig durchblicken. Damit soll das kapitalistische Wirtschaftssystem auf Kosten von Bauernopfern aus der Schusslinie gebracht werden.

Gleichzeitig fordern viele Stimmen aus Finanzkapital und Regierung eine stärkere gesetzliche Regelung der Geschäfte der Banken und Hedge-Fonds, die sich in den letzten Jahrzehnten durch immer riskantere Geschäfte und ausufernde Kreditvergabe auf immer dünneres Eis begeben haben. Dadurch wollen sie den Kapitalismus „krisensicher“ machen. Wie viele der groß angekündigten Regelungen tatsächlich umgesetzt werden, bleibt abzuwarten.

**Klar ist nur, dass kein Gesetz der Welt den Kapitalismus „krisensicher“ machen kann.**

### **Der Grundwiderspruch des Kapitalismus**

Die Grundlage der Krisen im Kapitalismus ist der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Form der Aneignung der Arbeitserzeugnisse. Erscheinungsformen dieses Widerspruchs sind erstens der Gegensatz zwischen der Organisation der Produktion innerhalb der einzelnen kapitalistischen Konzerne und der Anarchie der Produktion in der ganzen Gesellschaft, und zweitens der Widerspruch zwischen dem gewaltigen Wachstum der Produktionsmöglichkeiten des Kapitalismus und der relativen Verringerung der zahlungsfähigen Nachfrage seitens der werktätigen Massen.

Die technisch immer ausgefeilteren Produktionsmittel – und in zunehmendem Maße auch die Lebensmittel der Arbeiter – befinden sich in den Händen des Finanzkapitals, das mit ihnen aus den werktätigen Massen einen ständigen Maximalprofit herauspressen will. Dazu versucht das Kapital den Lebensstandard der Werktätigen ständig in den Schranken des äußersten Minimums zu halten, was tendenziell zu einem Rückgang der zahlungsfähigen Nachfrage führt. In der kapitalistischen Konkurrenz herrscht der schier unbegrenzte Zwang der immer größeren Rationalisierung der Produktion, der immer rücksichtloseren Ausbeutung der Arbeiter und des immer wahnsinnigeren Ausbaus der Produktionskapazitäten (dafür sind die Augustzahlen ein gutes Beispiel, s.o.). Demgegenüber stehen die inländischen und ausländischen Absatzmärkte, auf denen letztlich die ausgebeuteten Massen die Hauptkäufer darstellen – und diese Absatzmärkte sind ihrerseits äußerst begrenzt. So entstehen gesetzmäßig die Überproduktionskrisen. Das *periodische* Auftreten erklärt sich dabei hauptsächlich daraus, dass am Ende einer jeden Krise relativ gleichzeitig die Erneuerung der Produktionsmittel der verschiedenen Kapitalien stattfindet, die Überkapazitäten also relativ gleichzeitig aufgebaut werden.

## **Umstände, die die heutige Weltwirtschaftskrise verschärfen**

Bei der heutigen Krise handelt es sich um eine aufs äußerste *verschärfte* Überproduktionskrise. Sie ist Ausdruck des verwesenden Imperialismus.

Ihre **Hauptzentren** liegen in den USA, der EU und Japan, die gemeinsam zwei Drittel der gesamten Produktion aller Länder der Welt in ihren Händen konzentrieren. Eine solche Krise muss unter diesen Bedingungen zu einer Anhäufung besonderer Schwierigkeiten für den Weltkapitalismus führen.

Die **Monopolpreise**, die angesichts der weit fortgeschrittenen Konzentration der Kapitale in vielen Marktsektoren vorherrschen, verhindern teilweise ein Absinken der Preise der überproduzierten Waren, vertiefen und verlängern also die Krise.

Der **fehlende Aufschwung im letzten Krisenzyklus**, d.h. die ausgebliebene Lohnsteigerung und das äußerst geringe Wirtschaftswachstum, schafft besonders ungünstige Bedingungen für eine rasche Erholung und verstärkt somit die Krise.

Das historisch einmalige **Wachstum des Kredits** hat dabei den Ausbruch der Krise verschleppt und die Wucht der Überproduktion erhöht. In den imperialistischen Ländern ist heute eine Verschuldung der Arbeiterfamilien mit dem anderthalbfachen Jahreseinkommen völlig normal. Das ist die Folge der Angriffe der kapitalistischen Großkonzerne und der Regierungen in den betreffenden Ländern. In den USA liegt das Einkommen eines dreißigjährigen Durchschnittsarbeiters inzwischen zwölf Prozent unter dem Stand von vor dreißig Jahren. Die Umverteilungspolitik der Bush-Administration und der Irak-Krieg lasten auf den Schultern der US-Arbeiter. In Deutschland haben acht Jahre rot-grüne Regierung und die folgende große Koalition mit „Hartz IV“, Einführung der Leiharbeit im Großmaßstab, Gesundheitsreform, Rentenreform, Mehrwertsteuererhöhung, Reallohnsenkungen, Studiengebühren usw. usw. die Kaufkraft der Massen abgewürgt. Das Resultat: Während die Produktivität der deutschen Arbeiter heute anderthalb mal so groß ist, wie vor 20 Jahren, liegen die Nettoreallöhne (das, was man nach Steuern und Inflation von seinem Lohn übrig hat) unter dem damaligen Niveau! So wächst natürlich die Not der Verschuldung durch den Haus- oder Wohnungskauf, den Ratenkauf von Autos und Einrichtungsgegenständen, durch kreditfinanziertes Studium und durch Kredite zur Finanzierung z.B. der Stromrechnung oder der alltäglichen Einkäufe. Der Absatz eines großen Teils der kapitalistischen Weltproduktion findet überhaupt nur noch auf Pump, also mit dem Geld der Arbeiter von morgen statt. Dabei geht also offenbar ein immer größerer Teil der Lebensmittel der Werktätigen in den Besitz der Finanzmonopole und Börsenspekulanten über, die über die Kreditzinsen eine neue, zusätzliche Ausbeutungsquelle gefunden haben.

Marx Wort, dass der Kapitalismus dem Arbeiter „mit dem Arbeitsmittel beständig das Lebensmittel aus der Hand“ schlägt, hat eine furchtbare erweiterte Gültigkeit gewonnen: Auch die Reproduktionsmittel der Arbeiter gehen fortschreitend in das Eigentum des Kapitals über. Kann über die Kreditausweitung der Widerspruch des Kapitalismus dann nicht beseitigt, die zahlungsfähige Nachfrage der Millionenmassen stabilisiert werden? So sah die Illusion vieler Spekulanten immerhin aus. Die scheinbar endlos elastische Ausdehnung des Kredits stößt aber an einem gewissen Punkt an äußerst rigide Grenzen. Auf dem Boden der steigenden Kreditvergabe und damit jahrelang robusten Nachfrage nach Häusern in den USA wurde im Hausbau sehr viel Kapital spekulativ angelegt. Spekulativ, das heißt also in Erwartung des wirklichen Verkaufs in zukünftigen Jahren. Ein Vielfaches des angelegten Geldes wurde außerdem in Wetten auf die erwarteten Gewinne ausgelegt. Dann wurden einige hemmungslos verarmte und überschuldete Familien zahlungsunfähig: Ein paar zu viele. Die Spekulation platzte daraufhin in den USA millionenfach und befindet sich in England und Spanien gerade am Abgrund. Unter dem Verlust aus den derart entwerteten Schuldscheinen und dadurch fälligen Ausfallversicherungen (CDS) brachen zuerst kleine Banken und dann Giganten des Finanzkapitals in einer Kettenreaktion zusammen. Neben den bereits genannten Banken fiel unter anderem der größte Versicherungskonzern der Welt, AIG. Er wurde genau wie die Immobilienkredit-Kolosse „Fannie Mae“ und „Freddie Mac“ für insgesamt hunderte Milliarden US-Dollar von der Bush-Regierung „verstaatlicht“ – der gigantische Verlust wurde also den Lohnsteuerzahlern, den US-Werkträgern selbst aufgebürdet. Die Überschuldung der Werkträgern in den imperialistischen Ländern wird verhindern, dass sich die zahlungsfähige Nachfrage der Massen schnell erholen kann. Die Arbeiterverschuldung hat also das Marktproblem insgesamt nicht gelindert, sondern vertieft.

### **Resultate der Weltwirtschaftskrise**

Die allgemeine Wirkung der Weltwirtschaftskrise ist die Enthüllung und Verschärfung der dem Imperialismus innewohnenden Widersprüche.

**Die Gegensätze zwischen den imperialistischen Großmächten** verschärfen sich und werden dadurch zunehmend offener in Erscheinung treten. Der wichtigste davon ist langfristig der Gegensatz zwischen der EU und den USA. Daneben entwickeln sich die ebenfalls wichtigen Gegensätze zwischen den USA und Russland und den USA und China. Die EU, Russland und China werden durch die Krise noch stärker dazu gezwungen, den USA Absatzmärkte und Einflussphären mit allen Mitteln zu entreißen.

In Südamerika und Afrika wird der Konflikt der imperialistischen Großmächte besonders deutlich. Während die fortschrittlichen Regierungen Venezuelas und Bolivien den Einfluss des

nordamerikanischen Imperialismus beschneiden, gewinnen Russland und China in der Region an Macht. Russland streckt seine Hände nach Georgien aus und versucht in ganz Zentralasien den US-Einfluss zurückzudrängen. Banken und Investment-Fonds aus China, Russland und den Golfstaaten kaufen zunehmend teils bedeutende Anteile an Großbanken in den USA und in den EU-Staaten. Russland versucht die Schwäche des im Kampf gegen die USA strategisch wichtigen Inselstaats Island für seine geopolitischen Interessen auszunutzen und den Staat in finanzielle Abhängigkeit zu bringen. Gleichzeitig droht den USA und ihren Verbündeten im Irak und in Afghanistan eine Niederlage. Die EU tritt dabei zunehmend offensiver gegenüber den USA auf, deren Industrie durch die Krise bereits massiv geschwächt ist und noch weiter geschwächt werden wird. Den USA Macht und Einfluss zu entreißen ist der Zweck des Bündnisses EU-Russland.

Die Krise wird die Verschiebung der Kräfteverhältnisse beschleunigen.

Schon in den letzten Jahren wurde das Wachstum der Kriegsindustrie der Großmächte beschleunigt, die Vorbereitung neuer Kriege läuft und die Gefahr direkter Kriege zwischen den Großmächten wird durch die Krise vergrößert.

### **Die Gegensätze zwischen den imperialistischen Großmächten und den unterdrückten**

**Ländern** verschärfen sich und treten besonders offen zu Tage. Die wirtschaftliche Abhängigkeit der von den imperialistischen Großmächten unterdrückten und ausgebeuteten Länder ist im letzten Jahrzehnt bedeutend gewachsen. Die Auslandsschulden dieser Staaten, die sie bei nicht-staatlichen Kapitalisten aufnehmen, haben sich laut Angaben der UNO seit 1990 auf 550 Milliarden Dollar verzehnfacht. Die imperialistischen Länder werden versuchen, so viele Krisenfolgen wie möglich auf die unterdrückten Länder abzuwälzen. Sie nutzen dazu ihre wirtschaftliche, politische und militärische Macht. Jüngstes Beispiel sind die Gesetzesdiktate des Internationalen Währungsfonds (IWF), die Pakistan, Ungarn und die Ukraine annehmen müssen, damit den bankrotten Staaten durch Kredite „geholfen“ wird. Bevor auch nur ein Cent IWF-Kredit an diese Staaten fließt, müssen die Parlamente vom IWF befohlene Gesetzesänderungen beschließen. Die USA weiten derweil ihre Aggressionen im Nahen Osten von Afghanistan und Irak schrittweise auch auf Syrien und Pakistan aus, wo in der vergangenen Woche Dörfer unter US-Bombardement genommen wurden. Die Krise wird den Druck auf die abhängigen Länder erhöhen und den antiimperialistischen Kampf der unterdrückten Völker zu einer immer überlebenswichtigeren Notwendigkeit machen und verstärken.

**Die Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat** werden weltweit verschärft und enthüllt.

Die Bourgeoisie hat bereits die Staatsmaschinen rund um den Globus in Bewegung gesetzt, um möglichst alle Krisenfolgen auf die werktätigen Massen abzuwälzen. Über „Rettungspakete“ wurden in den letzten Wochen mehr als 3000 Milliarden Euro an Krediten, Bürgschaften,

Aktienkäufen und direkten Geldschenkungen an das Finanzkapital verschenkt. Alleine H. Paulson, Finanzminister in der Bush-Administration, Ex-Pentagon-Strategie, Ex-Chef des Finanzmonopols Goldman Sachs und selbst Milliardär, hat einen Blankoscheck über 700 Milliarden Dollar Krisensubventionen vom Parlament unterschreiben lassen. Die Hälfte des Geschenks wird laut Berichten der Tageszeitung Financial Times Deutschland (FTD) bereits dieses Jahr direkt als Dividende an die parasitären Aktienbesitzer weitergereicht. In Deutschland sind es 500 Milliarden Euro Geschenke, Kredite, Bürgschaften und Kapitalstützen, die die Merkel-Regierung in die Hand genommen hat. Dabei soll die Einflussnahme des Staats auf das Kapital über Aktienbesitz auf die Zeit der Krise beschränkt bleiben. Kapitalanteile, die die Regierung erwerben wird, sollen nach einigen Jahren wieder abgestoßen werden. In Deutschland sah sich die Regierung durch die große Empörung in der Bevölkerung und die gärende politische Krise gezwungen, gewisse Auflagen an die Vergabe der Geschenke zu koppeln. Inwiefern allerdings die Beschränkung der Millionengehälter der Manager und – viel entscheidender – die Unterbindung sämtlicher Dividendenflüsse letztlich umgesetzt wird ist äußerst fraglich. Bisher will trotzdem kaum ein Bankmanager freiwillig sein Gehalt riskieren und nimmt eher den drohenden Zusammenbruch „seiner“ Bank in Kauf. Als das Gesetz im Bundestag beschlossen wurde, hob die FTD im zweiten Satz ihrer Zusammenfassung hervor: „Ausnahmen [von den Beschränkungen der Gehälter, RM] sind möglich.“

Als direkte Ausgabe des Staatshaushalts wurden bisher „nur“ 20 Milliarden Euro einkalkuliert. Auch angesichts der bereits abzusehenden Ausgaben durch die 50-Mrd-Euro-Hilfe für den Immobilienriesen Hypo Real Estate und die schon verlorenen 10 Milliarden aus der IKB-Pleite [RM 3/08] wird sich diese Zahl als dreiste Lüge herausstellen. Als die US-Regierung im Rahmen der US-Sparkassenkrise in den 80er Jahren („S+L-Krise“) die Staatshilfen vom Parlament verabschieden ließ, sprach sie öffentlich auch von 20 Milliarden (Dollar). Der tatsächliche Verlust für den Staatshaushalt betrug dann aber in etwa das Zehnfache. 200 Milliarden würden heute bedeuten, dass jeder Lohnsteuerzahler in Deutschland etwa 7000 Euro an Kapitalsubventionen aufzubringen hätte. Das bedeutet im Durchschnitt für die Familie eines Arbeiters oder kleinen Angestellten, dass ihm mehr als die Hälfte seines verfügbaren Jahreseinkommens – gestreckt auf die nächsten Jahre – geraubt wird. Kapital und Regierung werden durch die Krise dazu gedrängt werden, die Angriffe auf Arbeiter, Arbeitslose, Rentner, Schüler, Studierende und Kranke noch mehr auszuweiten. In Erwartung dieser Entwicklung bauen sie ihre Machtinstrumente aus und schärfen ihre Waffen gegen das Volk: Die Gesetze zur Ausweitung und Festigung des Überwachungsstaats, die Verbindung der Polizei und des Geheimdiensts, die Anwendung des §129 und nicht zuletzt der Einsatz der Bundeswehr im Inneren sind eine Drohung an uns alle.

In der Arbeiterklasse und bei allen werktätigen Menschen wächst durch die Weltwirtschaftskrise das Bewusstsein, dass der Kapitalismus nicht dazu in der Lage ist, die materielle Lage der arbeitenden Massen zu stabilisieren. Das Gegenteil wird für sie greifbar: Das Streben nach maximalen Profiten und die Befriedigung der Bedürfnisse und Launen der parasitären Klassen bestimmen den Gang des Weltwirtschaftssystems und damit letztlich die Lebensbedingungen der Völker. Dadurch werden die Lügen über einen „menschlichen Kapitalismus“ und die „soziale Marktwirtschaft“ bloßgestellt als das was sie sind: Das letzte Feigenblatt des faulenden Imperialismus.

Diese Zerstörung von Illusionen ist gerade erst in ihren Keimen begriffen, wird aber in den nächsten Jahren deutlich beschleunigt werden. Bei einer Befragung im Oktober gab mehr als die Hälfte der befragten Ostdeutschen an, die „Marktwirtschaft“ sei „untauglich“ und habe „abgewirtschaftet“. 43 Prozent wünschen sich heute ausdrücklich den Sozialismus – und das trotz der abschreckenden Erfahrungen mit dem pseudo-sozialistischen Arbeitergefängnis DDR unter Honecker und Co. Die Zuspitzung der Widersprüche zwischen Bourgeoisie und Proletariat wird absehbar zu einer politischen Krise führen.

### **Das Kapital muss die Krise bezahlen!**

Auf die Weltwirtschaftskrise können wir Ausgebeutete nur eine Antwort haben: **Das Kapital muss die Krise bezahlen!** Es kann nicht sein, dass aus den Steuergeldern von uns Arbeitern, Angestellten, Rentnern, Auszubildenden, Schülern und Studierenden die Profite der Kapitalisten subventioniert werden. Die Milliarden, die jetzt den Banken in den Rachen geworfen werden, sollen für mehr Krankenhäuser, Rente mit 60 und Arbeitslosengeld ohne Bedürftigkeitsprüfung in Höhe von 80% des Lohns, kostenloses Studium und Abschaffung von Hartz IV ausgegeben werden! Dafür könnten wir einfach die Vermögenssteuer wieder einführen und die Kapitalsteuern auf 55% setzen. Deshalb machen wir bei den Arbeitskämpfen mehr Druck und nicht weniger! 10 Euro Mindestlohn netto in allen Branchen für alle Arbeiter ist unsere Forderung angesichts der Krise. Wir treten ein für die Abschaffung der unmenschlichen Hartz-Gesetze und der Rente mit 67! Angesichts der zu erwartenden politischen Krise kämpfen wir gegen jeden Abbau demokratischer Rechte, gegen Überwachungsstaat und Einsatz der Bundeswehr im Inneren! Gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen! Für den Abzug der deutschen Truppen aus dem Ausland! Außerdem müssen wir natürlich gegen jegliche Form eines „Rettungspakets“ oder „Konjunkturpakets“ kämpfen! Egal ob nun an Banken oder Automobilkonzerne: Wir bezahlen keinen Cent für das Kapital!

## **Wie verhalten sich die politischen Kräfte in Deutschland angesichts dieser Entwicklung?**

Die korrupte Führung der **Gewerkschaft Verdi** hat sich durch ihre jüngste Forderung, die Banken sogar zur Annahme der Geschenke zu verpflichten, wieder einmal völlig gegen die Interessen ihrer Mitglieder gestellt. Sie vertritt damit dieselbe Position wie der rechte Bourgeois-Hetzer Hans-Werner Sinn, Kopf des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung.

Die revisionistischen und sozialdemokratischen Parteien rücken in der Krise enger an das Kapital heran.

Als das „Rettungspaket“ der Kapitalgeschenke im Bundestag vorgestellt wurde, lautete die erste Kritik der **Partei Die Linke**, es fehle „ein klares Konzept“ dahinter. Aus Wahräson entschied der Parteivorstand schließlich eine Ablehnung „dieses Rettungskonzepts“. Grundsätzlich ist man aber mit Milliardengeschenken an das Kapital einverstanden!! Die Berliner Linke stimmte dem Paket der Merkelregierung direkt zu. Gleichzeitig fordert Die Linke eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze auf 435 Euro, also gerade mal 10% mehr als ein Inflationsausgleich. Aus den Steuergeldern der werktätigen Massen sollen also mit der einen Hand die wahnsinnigen Krisensubventionen an das Kapital geblecht werden. Dafür werden Steuererhöhungen und weiterer Sozialabbau nötig sein! Mit der anderen Hand werden völlig erbärmliche Erhöhungen der Sozialleistungen geboten, um die Zustimmung von uns arbeitenden Menschen zu den Kapitalgeschenken zu erkaufen und Wählerstimmen zu sichern. Abgesehen von Details unterscheidet sich diese Tagespolitik nicht wesentlich von den Positionen von SPD und CDU.

Die **DKP** stellt zunächst einmal die richtige Tagesforderung auf, „die Reichen“ sollten die Krise bezahlen. Das ist nicht schlecht, auch die KPD tritt dafür ein, dass die Werktätigen keinen Cent für die Krise zahlen sollen. Allerdings will die DKP ihre Forderung so verstanden wissen, dass trotzdem „Rettungspakete“ und Konjunkturprogramme für das Kapital vom Staat aus bisherigen Steuergeldern bezahlt werden sollen!

Das alles natürlich unter „öffentlicher Kontrolle“. Im Nachhinein müsse man über Steuerreformen nachbessern.

Die Frage der sozialistischen Revolution wird weder bei der Linkspartei noch bei der DKP gestellt. „Der Sozialismus steht noch nicht vor der Tür... Die Frage ist nur, welches Mitspracherecht die Regierung haben und nutzen wird“ (G.Lötzsch, Wirtschaftssprecherin der Linken am 14.10. im Interview mit der Tageszeitung junge Welt).

An die Stelle der revolutionären marxistischen Forderungen nach der Enteignung der Kapitalisten, der Errichtung der Diktatur des Proletariats und dem Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft tritt

bei der DKP die Vorstellung einer „kontrollierten“ Kreditvergabe und der Mitbestimmung von Beschäftigten in den Banken. Die Ausgebeuteten sollen also über ihre eigene Ausbeutung „mitbestimmen“.

Wie „kommunistisch“! (Mehr dazu im Artikel „Die DKP-Spitze mit Marx gegen Marx“ in dieser Ausgabe)

### **Der Sozialismus ist die Perspektive!**

Der Kapitalismus bietet uns arbeitenden Menschen keine Perspektive. Das begreifen wir gerade angesichts der Drohung des Kapitals, ohne „Rettungspakete“ würden zusätzliche Millionen Menschen arbeitslos gemacht.

Nur der Sozialismus, in dem die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten die Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Menschen gestalten und die kapitalistische Ausbeutung und mit ihr die Krisen ein Ende haben, – nur der Sozialismus bietet uns eine Antwort. Für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft müssen den Kapitalisten ihre Produktionsmittel entrissen werden. Jeder Klassenkompromiss, jede Lüge von der „Versöhnlichkeit“ der Interessen von Ausbeutern und Ausgebeuteten muss von uns im entschlossenen Kampf zurückgewiesen werden. Diesen Kampf werden wir auf ökonomischem, politischem und ideologischen Gebiet zu führen haben.